

Jenseits des Marktes: Das Wachstum des informellen Wirtschaftssektors

Gregory Baum

Die Globalisierung der Wirtschaft

Die Globalisierung der freien Marktwirtschaft verändert gegenwärtig die Industriegesellschaften des Westens. In Nordamerika ist dieser Prozeß bereits sehr weit fortgeschritten. Die Macht, das Leben der Nation zu bestimmen, geht schrittweise von den nationalen Regierungen auf transnationale Konzerne über. Um die Abwanderung von Industrie zu verhindern, sind nationale Regierungen gezwungen, vorteilhafte Bedingungen für die Industrie zu schaffen und ihr Steuervorteile zu gewähren. Die nationalen Regierungen, die die wirtschaftliche Entwicklung ihres Landes am Ziel der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ausrichten müssen, können den wirtschaftlichen Wohlstand ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht mehr sicherstellen. Da der Hauptteil der staatlichen Steuereinnahmen nicht mehr von den Unternehmen und den Reichen kommt, sondern auf der Mittelklasse beruht, haben sich die Regierungen verschuldet und müssen deshalb Sparmaßnahmen ergreifen, sie besitzen allerdings nicht die Macht, um sicherzustellen, daß die finanziellen Lasten der Gesellschaft entsprechend den Grundsätzen der Gerechtigkeit aufgebürdet werden. Opfer haben vielmehr die

schwächsten Glieder der Gesellschaft zu tragen und solche Einrichtungen, die nicht dem Ziel der internationalen Wettbewerbsfähigkeit dienen. Nicht nur im öffentlichen Sektor, sondern auch in der Privatwirtschaft ist „down-sizing“ das Wort der Stunde. Die neuen elektronischen Technologien, die den Prozeß der Globalisierung ermöglicht haben, gestatten es den Banken, Handelskonzernen und Industrien der verschiedensten Bereiche auch, eine wachsende Zahl von Arbeitern und Angestellten durch hochkomplizierte automatisierte Maschinen zu ersetzen.

Die „Kleeblatt“-Gesellschaft

Diese Veränderungen schaffen in der Gesellschaft eine wachsende Schicht von Menschen am Rand, oftmals der dritte Sektor genannt, die sich aus arbeitslosen Männern und Frauen mit Sozialhilfe und Menschen in ungesicherten Arbeitsverhältnissen, mit Teilzeitbeschäftigung oder so schlecht bezahlten Stellen, daß sie ihre Familien nicht ausreichend unterstützen können, zusammensetzt. Dieser Sektor wird nicht schrumpfen. Denn selbst wenn es zu einer Rückkehr zu industriellem Wachstum kommen sollte, wird diese wirtschaftliche Erholung nicht zu neuen Arbeitsplätzen führen. Dank der techno-

logischen Entwicklung brauchen wir all diese Menschen nicht. Die Produktion von Wohlstand kann ohne sie voranschreiten.

Die gegenwärtige Gesellschaft ähnelt mehr und mehr einem Kleeblatt mit drei Blättern oder Sektoren, wobei der erste Sektor die ökonomischen und politischen Eliten sowie die für sie Arbeitenden umfaßt, der zweite Sektor die beschäftigten und organisierten Arbeitnehmer einschließt, die ein sicheres Arbeitsverhältnis und ein angemessenes Einkommen haben, während der dritte Sektor von den Marginalisierten gebildet wird. Im vorliegenden Artikel werde ich mich an diese Terminologie halten.

Vor einigen Jahren hat der amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith die Menschen, deren Bedürfnisse von der amerikanischen Wirtschaft erfüllt werden, als „die zufriedene Mehrheit“¹ beschrieben, nach unserer Terminologie also als den ersten und zweiten Sektor der Kleeblatt-Gesellschaft. Nach Galbraith bleibt diese Mehrheit, also etwa 70% der Bevölkerung zur Zeit der Niederschrift seiner Arbeit, dem Leiden der Männer, Frauen und Kinder gegenüber gleichgültig, die dem dritten Sektor zuzurechnen sind. Da in einer Demokratie die Mehrheit bestimmt, ist diese Mehrheit in der Lage, Veränderungen des Systems zu verhindern. Da gegenwärtig der erste Sektor schrumpft, während der dritte expandiert, muß man sich allerdings fragen, wie lange die „Zufriedenen“ noch die Mehrheit bilden werden.

Gemeinschaftsprojekte

Im dritten oder marginalisierten Sektor aller westlichen kapitalistischen Gesellschaften ereignet sich ein Prozeß von großer Wichtigkeit. Männer und Frauen,

die es ablehnen, passiv zu verharren, und von Menschen mit Führungskompetenz angeregt, haben große korrespondierende Netzwerke von Selbsthilfeorganisationen mit politischer, wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung geschaffen. Einige dieser Organisationen haben politische Absichten: Sie versuchen, zum Schutz ihres Stadtviertels, ihrer Region oder ihres Landes Druck auf Regierungen und Konzerne auszuüben. Ein Beispiel dafür ist das „Canada Action Network“, ursprünglich aus Opposition zum Freihandelsabkommen mit den USA gegründet, das versucht, eine alternative Vision der kanadischen Gesellschaft zu propagieren. Andere Selbsthilfeorganisationen, viele davon sehr klein, haben ein wirtschaftliches Ziel: Sie befriedigen lokale Bedürfnisse durch die Einrichtung von Nachbarschaftskooperativen, Kreditgenossenschaften, gemeinsam betriebenen Läden, Gemeinschaftsküchen, Renovierungsprojekten, gemeinsamer Lebensmittelproduktion und vielem anderen mehr. Andere Selbsthilfeorganisationen wiederum ha-

Der Autor

Gregory Baum wurde 1923 in Berlin geboren, seit 1940 lebt er in Kanada; Studium an der McMaster University in Hamilton, Ontario, der Ohio State University, der Universität von Fribourg, Schweiz, und der New School for Social Research in New York; emeritierter Professor der Faculty of Religious Studies der McGill University, Montréal; Herausgeber von The Ecumenist. Veröffentlichungen: Religion and Alienation (1975), The Priority of Labor (1982), Essays in Critical Theology (1992) und Karl Polanyi on Ethics and Economics (1996). Anschrift: McGill University, 3520 University Street, CDN-Montréal, P.Q. H3A 2A7, Kanada.

ben soziale Anliegen: Tagesheime, Frauenhäuser, Einrichtungen für Drogenabhängige, Flüchtlingsheime, Schulungszentren, Volkshochschulen und Bera-

tungsläden für neuankommende Immigranten und Flüchtlinge².

All diese Zusammenschlüsse spielen eine wichtige soziale und kulturelle Rolle, selbst wenn ihr Hauptziel politisch oder wirtschaftlich ausgerichtet ist. Sie überwinden die Isolation der Menschen, aktivieren ihre Energie, bringen sie dazu, etwas zu unternehmen, und sie schaffen Gemeinschaft. Oft nennt man diese Bewegung deshalb „community development“³, Gemeinschaftsentwicklung.

Da die größeren solcher Gemeinschaftsprojekte einige bezahlte hauptamtliche Mitarbeiter benötigen, muß dafür finanzielle Unterstützung von außerhalb gefunden werden: nationale, föderale oder kommunale Regierungen, Stiftungen, Firmen, Kreditgenossenschaften und andere gemeinwesenfördernde Institutionen, darunter Kirchen- und Synagogengemeinden. Ein anderer Teil der Förderung erfolgt durch die geringen Entgelte, die von ihren „Kunden“ gezahlt werden und, noch wichtiger, durch die Arbeit von Ehrenamtlichen, darunter auch Angehörige der Mittelklasse. Ehrenamtliche Arbeit ist unverzichtbar.

Es ist charakteristisch für die Gemeinschaftsprojekte, daß ihre Aktivitäten sich auf die sozio-ökonomischen und kulturellen Bedürfnisse einer lokalen Gemeinschaft beziehen. Die Entscheidungen über mögliche Maßnahmen fallen in der Kommunikation zwischen den Kunden und den (bezahlten und unbezahlten) Kräften, die diese Hilfe anbieten. Dieser Prozeß wird oftmals als „soziales Lernen“ bezeichnet. Die demokratische Abstimmung zwischen Kunden und Hilfskräften gestaltet Gemeinschaftsprojekte entscheidend anders als öffentliche Sozialhilfeangebote oder privat geführte kapitalistische Einrichtun-

gen. Gemeinschaftsprojekte sind ein herausforderndes Unternehmen, denn sie beinhalten die Zusammenarbeit von bezahlten und unbezahlten Menschen mit unterschiedlichem Bildungshintergrund und mit unterschiedlichen wirtschaftlichen Klassenzugehörigkeiten. Dies erfordert großes Geschick seitens der Anbieter und eine hohe Kompetenz bei allen Beteiligten. Gemeinsame Projekte, die mit viel Enthusiasmus begonnen wurden, scheitern zuweilen an Spannungen und Mißverständnissen. Wenn andererseits die Zusammenarbeit erfolgreich ist, schaffen solche Projekte ein starkes Gefühl gesellschaftlicher Solidarität bei allen Beteiligten, eine Haltung alternativer Gesinnung, die gegenläufig zu kapitalistischen Denkstrukturen ist.

Größere Gemeinschaftsprojekte schaffen einige Arbeitsstellen, zumeist mit niedrigem Einkommen. In einigen Fällen unterstützen Regierungen die Gemeinschaftsprojekte als eine Maßnahme zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Diese Unterstützung wird gerne angenommen, solange die Regierung nicht versucht, die Initiativen der lokalen Gemeinschaft zu bestimmen.

Der informelle Wirtschaftssektor

Die ökonomische Dimension der Gemeinschaftsprojekte verdient besondere Beachtung. Wenn „formeller Wirtschaftssektor“ sich auf die angemeldeten und besteuerten wirtschaftlichen Aktivitäten bezieht, die das Bruttosozialprodukt ausmachen, kann die wirtschaftliche Aktivität der Gemeinschaftsprojekte überwiegend dem „informellen Wirtschaftssektor“ zugeordnet werden, also einer Funktion außerhalb des

Marktes, die vorwiegend auf Freiwilligkeit, Gegenseitigkeit, Tausch und Hauswirtschaft gründet. Herkömmliche Ökonomen übersehen diesen informellen Wirtschaftssektor tendenziell, obgleich keine Gesellschaft ohne ihn überleben kann. Auch in einer kapitalistischen Gesellschaft gab und gibt es in den Familien, unter Freunden und in ärmeren Vierteln oder Gegenden Dienste, die unentgeltlich oder im Austausch für andere Hilfen geleistet werden. Gemeinschaftsprojekte können als eine explosive Ausweitung dieses informellen Sektors betrachtet werden: Nur im Falle der Schaffung neuer Arbeitsplätze, so niedrig sie auch bezahlt werden, treten sie wieder in Marktstrukturen ein.

Nach Meinung des Wirtschaftshistorikers Karl Polanyi war die ökonomische Aktivität in einer vorkapitalistischen Gesellschaft eingebettet in die sozialen Beziehungen der Menschen und stärkte die gemeinsamen gesellschaftlichen Bindungen. Die frühesten Wirtschaftsformen waren Gegenseitigkeit, Verteilung, Austausch und Haushaltsführung. Märkte zum Kauf und Verkauf von Gütern entwickelten sich viel später. Auch als Märkte eine größere Relevanz erhielten, lebte die große Mehrheit der Menschen von Arbeit in ihren traditionellen Formen. In seinem Buch „The Great Transformation“⁴ hat Karl Polanyi aufgezeigt, daß das Charakteristische einer kapitalistischen Organisation der Arbeit in der Abspaltung der Arbeiter und Angestellten von der Gemeinschaft, zu der sie gehörten, bestand. Gleichzeitig versäumte sie es, neue gesellschaftliche Bindungen zwischen ihnen und ihren Familien zu schaffen. Der industrielle Kapitalismus löste die ökonomische Aktivität der Menschen

aus dem Geflecht ihrer sozialen Beziehungen, einem Prozeß, der nach Polanyi Isolation, kulturellen Verlust und den Zusammenbruch von Solidarität bewirkte. Wirtschaftliche Armut, so argumentiert Polanyi, ist dann keine Tragödie, wenn die Menschen zu einer Gemeinschaft mit der Fähigkeit zur Selbsthilfe und einem starken Sinn für Solidarität gehören: Schließlich waren das die Lebensumstände, in denen der größte Teil der Menschheit sich in der Geschichte befand. Wirtschaftliche Armut ist jedoch dann vernichtend und seelenzerstörend, wenn Menschen nicht zu einer solchen Gemeinschaft gehören. Das große Leid, das der industrielle Kapitalismus verursacht hat, besteht in der Herstellung gesellschaftlicher Desintegration. Die Heilung der modernen Gesellschaft wird nach Polanyi weder durch wirtschaftliches Wachstum noch durch eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes, so wichtig dieser auch sein mag, erfolgen, sondern durch die Wiedereinbettung der wirtschaftlichen Aktivitäten in das Leben der Gemeinschaft, die Schaffung gesellschaftlicher Solidarität und einer Kultur der Zusammenarbeit.

Eine der Thesen in „The Great Transformation“ ist, daß das selbstregulierende Marktsystem, das aller vorherigen menschlichen Erfahrung zutiefst zuwiderläuft, eine gesellschaftliche Gegenbewegung hervorrufft, besonders an der Basis, die versucht, die Gemeinschaft zu bewahren, Zusammenarbeit zu fördern und das Land zu erhalten. Eine bedeutende Zahl von Wissenschaftlern interpretiert die Gemeinschaftsprojekte als ein Element dieser Gegenbewegung: die Rückkehr zu Gegenseitigkeit und Freiwilligkeit, die Wiedereinbettung von

ökonomischer Aktivität in soziale Beziehungen, die Schaffung einer Kultur der Zusammenarbeit.⁵ Da die Gemeinschaftsprojekte in vielen Feldern einige bezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen und sich somit in den Bereich der formellen Wirtschaft bewegen, sprechen einige Autorinnen und Autoren von den Gemeinschaftsprojekten als „der sozialen Wirtschaft“ und betonen damit die gesellschaftlichen Bindungen, die durch wirtschaftliches Handeln geschaffen werden.

Gibt es Grund zu Skepsis?

Gemeinschaftsprojekte berühren eine Minderheit von Menschen der Gesellschaft. Tatsächlich nehmen Menschen, die keine persönliche Beziehung zu ihr haben, noch nicht einmal von ihr Kenntnis, selbst wenn in ihrem Viertel viele kleine Gemeinschaftsprojekte arbeiten. Die Gemeinschaftsprojekte haben jedoch die Aufmerksamkeit der Sozialwissenschaftler geweckt. Die Arbeiten zu diesen Projekten sind Legion. Vor einigen Jahren wurde in Montréal ein Kongreß abgehalten, der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Europa und Nordamerika zusammenführte, um die Verbreitung der Gemeinschaftsprojekte in ihren Ländern zu erfassen und zu bewerten.⁶ Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer interpretierten das Wachsen der sozialen Wirtschaft als eine schöpferische Antwort auf die chronische Arbeitslosigkeit und den Niedergang des Wohlfahrtsstaates, eine Antwort mit weitreichender gesellschaftlicher Wirkung.

Es gab auch ablehnende Stimmen. Einige Sozialwissenschaftler lenkten die Aufmerksamkeit auf den Grad persönli-

chen Engagements, der von den Betreiberinnen und Betreibern verlangt wird und der bei vielen nach ein paar Jahren zu einer völligen Erschöpfung führt. Sie bezeichneten die Gemeinschaftsprojekte als die Selbstaussbeutung der Armen. Andere legten nahe, daß Regierungen Gemeinschaftsprojekte förderten, weil es die Menschen in armen Vierteln beschäftigt hielte, sie „zähmte“ und sie davon abhielte, politischen Protest zu organisieren.

Ein weiteres Problem liegt in folgendem. Da die neue soziale Bewegung in vielen Fällen eine Anzahl niedrig bezahlter Arbeitsmöglichkeiten bietet, betrachten bestimmte Regierungen sie mit Wohlwollen und regen sogar an, daß dies bei einer angemessenen Unterstützung die Lösung für das gesamte Problem der Arbeitslosigkeit sein könnte. Dem widersprechen einige der Sprecherinnen und Sprecher der Gemeinschaftsprojekte.⁷ Sie betrachten die Gemeinschaftsprojekte als eine schöpferische Strategie in den Gesellschaftsschichten mit niedrigem Einkommen, als eine gute Idee in einer schlechten Situation. Sie befürchten deshalb, daß Regierungen eine Zukunft ins Auge fassen könnten, in der Arbeitsplätze für die Mehrheit der arbeitenden Menschen nach Art der Gemeinschaftsprojekte mit niedrigen Löhnen, geringer Ausbildung und ungesicherten Arbeitsverhältnissen eingerichtet würden, anstatt eine industrielle Weiterentwicklung zu betreiben, Fortbildungsmaßnahmen zur Vorbereitung auf neue Arbeitsfelder durchzuführen und angemessen bezahlte Arbeitsplätze in der herkömmlichen Wirtschaft zu schaffen. Würden die Gemeinschaftsprojekte zu einem Hauptelement staatlicher Politik, hörte die soziale Wirtschaft auf, ein

selbstbestimmtes und gemeinschaftsbezogenes Unternehmen der Eigenhilfe zu sein.

Ein weiterer Mißbrauch der Gemeinschaftsprojekte ist die Einführung einer „Arbeitspflicht“, bei der die Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe dazu gezwungen werden, an staatlich vorgegebenen Stellen gemeinschaftsbezogene Arbeit zu leisten. Abgesehen davon, daß eine „Arbeitspflicht“ nicht mit demokratischen Prinzipien in Einklang zu bringen ist, würde eine verpflichtende Mitarbeit an Gemeinschaftsprojekten deren Geist und Organisationsprinzipien untergraben.

Aus solchen Gründen also betonen einige Kenner der Gemeinschaftsprojekte deren gefährdeten Status, problematisch zum einen wegen der hohen Anforderungen an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und andererseits wegen der Versuche des Staates, sie zu bestimmen und für die eigenen Zielvorstellungen zu benutzen.

Die breitere gesellschaftliche Bedeutung

Demgegenüber betrachten viele Fachleute in Sachen Gemeinschaftsprojekte diese als eine Bewegung von hoher gesellschaftlicher Bedeutung, da sie nicht nur der Wohlfahrt der Masse der Arbeitslosen oder anderer ausgeschlossener Menschen dient, sondern auch ein Instrument zur Veränderung der Gesellschaft darstellt. Dazu bestehen zwei unterschiedliche Erklärungsansätze.

In der ersten Perspektive sind die Gemeinschaftsprojekte eine schöpferische Bewegung innerhalb des marginalisierten Sektors, die zwar einer großen Zahl von Menschen helfen, aber nicht in der Lage sind, die gesellschaftliche Spaltung

zwischen denen, die Zugang zu Macht und Wohlstand haben, und denen, die davon ausgeschlossen sind, zu überwinden. Da allerdings das Engagement in der sozialorientierten Wirtschaft in jedem Land eine Kultur der Zusammenarbeit und Solidarität schafft, die den kapitalistischen Werten zuwiderläuft, könnten die Gemeinschaftsprojekte am Ende doch die Basis für eine neue internationale politische Bewegung mit einer großen Breitenwirkung bilden, die von der Vision einer alternativen Gesellschaft beseelt und bereit sind, den internationalen Markt in seine Schranken zu weisen.⁸

In einer zweiten Sichtweise bilden die Gemeinschaftsprojekte unter den Marginalisierten ein Element des sogenannten ehrenamtlichen Sektors, der von den mehr traditionellen gemeinnützigen Organisationen gebildet wird, die über festangestelltes Personal verfügen, finanzielle Unterstützung vom Staat und anderen Gebern erhalten und für ihr Funktionieren auf ehrenamtliche Arbeit angewiesen sind. Solche gemeinnützigen Organisationen bieten ihre kulturellen, bildungsbezogenen, gesundheitsfördernden und beratenden Dienste Menschen aller Klassen an, sie sind nicht in der Klasse der Marginalisierten beheimatet. In einer Zeit, in der die Regierungen ihre Sozialleistungen herunterfahren, werden diese gemeinnützigen Organisationen eine größere Rolle in der Gesellschaft spielen und müssen deshalb an die Öffentlichkeit herantreten, um stärker unterstützt zu werden und mehr Ehrenamtliche zu gewinnen. Der Begriff „ehrenamtlich“ aber klingt zu sehr nach Mildtätigkeit, nach altmodischem Geist und konservativer Ideologie, und so bemühen sich die Gemeinschaftsprojekte

um eine neue Begrifflichkeit. Sie betrachten Ehrenamtlichkeit in Gemeinschaftsprojekten als eine kritische, gesellschaftsverändernde Arbeit. Einige Sozialwissenschaftler vertreten die Meinung, daß, wenn genug Männer und Frauen als aktive, partizipierende Bürger gewonnen werden können, dieser ehrenamtliche Sektor einschließlich der Gemeinschaftsprojekte in der Lage sein wird, die Menschen mit den materiellen Gütern, die sie brauchen, und den kulturellen Gütern, die sie wünschen, auszustatten, und auf diesem Weg den hoch-

gradig unflexiblen und bürokratischen Wohlfahrtsstaat ersetzen kann.⁹ Wenn die Infrastruktur dieser Gemeinschaftsprojekte mit öffentlichen Mitteln unterstützt wird und wenn Bürgerinnen und Bürger sich bei der Bereitstellung dieser Dienste beteiligen, würde die Gesellschaft zu einer stärker partizipativen, stärker dezentralisierten und stärker an den Bedürfnissen der örtlichen Gemeinschaften ausgerichteten werden. So betrachtet, bilden die Gemeinschaftsprojekte ein Trainingsfeld für die Umsetzung einer aktiven Zivilgesellschaft.

¹ Vgl. J.K. Galbraith, *The Culture of Contentment*, Boston 1992.

² Die Entwicklung in den USA behandeln H. Boyte, *The Backyard Revolution*, Philadelphia 1980; S. Bruins/J. Meehen, *Beyond the Market and the State: New Directions in Community Development*, 1987; M. Ramsey, *Community, Culture and Economic Development: The Social Roots of Local Action*, New York 1996. Die Entwicklung in Kanada beschreiben D. Ross/P. Usher, *From the Roots Up: Economic Development as if Community Mattered*, Toronto 1986; L. Favreau, *Mouvements populaires et interventions communautaires*, Montréal 1989. (Vgl. neuerdings auch: R. Douthwaite, *Short Circuit. Strengthening Local Economics for Security in an Unstable World*, Dublin 1996, Anm. d. Red.)

³ In Québec wird „community development“ mit „le mouvement communautaire“ übersetzt, während es in Frankreich gewöhnlich „le mouvement associatif“ heißt.

⁴ K. Polanyi, *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt a.M. 1978. Vgl. außerdem G. Baum, *Karl Polanyi on Ethics and Economics*, Montréal 1996.

⁵ Diese Auffassung wurde von verschiedenen Autorinnen und Autoren des Bandes *The Legacy of Karl Polanyi* (hg. von M. Mendell/D. Salée, New York 1991) vertreten, neben den Herausgebern zum Beispiel von B. McClinton, J.R. Stanfield, T. Schroyer und B. Hettne.

⁶ Dokumentiert in B. Lévesque u.a. (Hg.), *L'autre économie*, Montréal 1989.

⁷ Wegen einschlägiger Ankündigungen seitens der Regierung von Québec wird diese Frage dort gegenwärtig heiß diskutiert. Vgl. beispielsweise K. Yakabuski, *L'économie sociale: rêve ou cauchemar?*, in: *Le Devoir*, 30./31. März 1996, und J.-M. Fontan/E. Shragge, *L'économie sociale: une économie pour les pauvres?*, in: *La Presse*, 30. April 1996.

⁸ Diese Ansicht wird in der Québecer Zeitschrift *Virtualités* vertreten.

⁹ Vgl. L. Salamon, *Partners in Public Service*, Baltimore 1995.

Aus dem Englischen übersetzt von Michael Krämer